

Öffentlich/Privat - neue Grenzziehungen im Übergang zum Postfordismus

Weber, Beat

2001

<https://doi.org/10.25595/1510>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weber, Beat: *Öffentlich/Privat - neue Grenzziehungen im Übergang zum Postfordismus*, in: Kurswechsel : Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (2001) Nr. 4, 24-37. DOI: <https://doi.org/10.25595/1510>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Öffentlich/Privat – neue Grenzziehungen im Übergang zum Postfordismus

Beat Weber¹

Die Dichotomie öffentlich/privat bezeichnet keine besonderen festen Sphären, sondern einen Aspekt gesellschaftlicher Praxis, eine symbolische Ordnung, die den bürgerlichen Staat zum Grundstein und Bezugspunkt hat. Was öffentlich und privat ist, ist nichts Unveränderliches, sondern Gegenstand von Auseinandersetzungen, Ausdruck von Machtverhältnissen, von Hegemonie.

Eine Erläuterung zum Verhältnis öffentlich/privat muss mit definitorischen Fragen beginnen. Denn das Begriffspaar öffentlich/privat ist zwar viel gebraucht, aber für analytische Zwecke problematisch. Nicht nur weil es unterkomplex und grobstrig ist, sondern weil keine einheitliche genauere Begriffsdefinition in Gebrauch ist. Das Definitionsproblem stellt sich auf zwei Ebenen:

Erstens wird das Gegensatzpaar öffentlich/privat auf unterschiedliche Gegenstandsbereiche angewendet: Es wird auf

- Orte (Öffentlichkeit braucht einen Raum – Versammlungsplätze, Medien etc. Demgegenüber gibt es Räume, die als privat gekennzeichnet sind – Wohnung, Firmengelände, Tagebuch etc.);
- Ereignisse (zb für alle zugängliche Veranstaltungen vs. geschlossene Familienfeier);
- Themen (zb das Schicksal der Nation als öffentliche Angelegenheit vs. Sexualität als Privatsache) und
- Eigentum (zb verstaatlichter Betrieb, open source vs. Privatfirma, Patente) bezogen.

Zweitens variiert die Beschreibung dessen, was in einem Gegenstandsbereich gesellschaftlich als privat und was als öffentlich gilt, je nach theoretischem Kontext. Weintraub (1997) unterscheidet vereinfachend vier Gruppen von Gebrauchsweisen mit jeweils unterschiedlichen Definitionen:

- In liberalen Ansätzen wird das Öffentliche mit dem Staat und dieser mit Zwang assoziiert, dem das Private als Bereich der freiwilligen Vereinbarungen, des Marktes und des Tausches gegenübersteht.
- In Bürgerschaftsmodellen ist der öffentliche Raum der Ort kollektiver Meinungs- und Willensbildung einer politischen Gemeinschaft, gegenüber dem Privatleben, in dem Identität ausgebildet wird.
- In historischen Darstellungen wie jener von Ariès (1991) wird die Öffentlichkeit vor allem in physischem Sinne (Strassen, Plätze...) als Ort der Geselligkeit, der zufälligen Begegnung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen definiert, das Private (das Häusliche, das Intime) demgegenüber wird als überdimensioniertes Produkt einer künstlichen Abtrennung beschrieben, das in der Moderne zum Gegenstand pathologischer Überinvestition und Überforderung im Zuge

des Zurückdrängens des öffentlichen Lebens wird (Richard Sennet spricht von der ›Tyrannei der Intimität‹).

- Im Feminismus wird auf die geschlechtsspezifisch asymmetrischen Konsequenzen der Sphärentrennung und der einseitigen Zuweisung der Geschlechter hingewiesen, wobei ›privat‹ als Bereich des Häuslichen, der Familie und der unbezahlten Arbeit, und ›öffentlich‹ als der Bereich der formalen Arbeit, des Marktes und des Staates definiert wird.

Die Verwendungsweisen von ›öffentlich‹ (und des entsprechenden Gegensatzes ›privat‹) sind also vielfältig: staatsbezogen; für alle zugänglich; alle betreffend; das Gemeinwohl betreffend; für alle sichtbar etc. Die augenfälligste Implikation ist, dass das Öffentliche nicht notwendig mit dem Politischen in eins fällt. Zweitens wird daraus die Notwendigkeit einer genaueren Definition des Öffentlichkeits-Begriffs im jeweiligen Kontext deutlich. Drittens – und darauf wird im Resümee näher eingegangen – zeigt sich, dass Öffentlichkeit ein mehrdimensionales Phänomen ist, vielfältige Facetten und Voraussetzungen hat, was in politischen Kontexten oft zu wenig beachtet wird.

Was bestimmt die gesellschaftliche Abgrenzung zwischen öffentlich und privat? Die Grenzen sind ständig umkämpft, und niemals scharf – alle Definitionen hinterlassen einen Graubereich, der zwischen den beiden Bereichen liegt. Es lässt sich auch kein historisch linearer Trend zu immer stärkerer Privatisierung ableiten. Der Grenzverlauf ist nicht linear, sondern folgt sozialen Kräfteverhältnissen und Profitabilitätsüberlegungen. Die Akkumulation des Kapitals tendiert stets dazu, Kosten und unprofitable Bereiche zu externalisieren, also in den öffentlichen Bereiche zu verschieben, und sich profitable öffentliche Bereiche einzuverleiben, zu privatisieren.

Welche Kräfte- und Grenzverschiebungen induziert nun der Übergang zum Postfordismus? Die aktuelle Transformation bringt Umwälzungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit sich. Eine Restrukturierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Ökonomie und des Staates.

Welche neuen Grenzen, welche Neuordnungen zwischen öffentlich und privat werden im Zuge dieser Prozesse gezogen? Im folgenden Überblick wird eine Reihe von Kernbereichen behandelt, in denen je ein spezifischer Öffentlichkeitsbegriff im Zentrum steht: In der Ökonomie stellt Öffentlichkeit insbesondere im Sinn von Eigentum eine zentrale Frage dar; Medien, Stadt und Regieren bilden Orte, um deren Öffentlichkeitscharakter vorwiegend im Sinne von Zugänglichkeit gerungen wird; im Bereich der Geschlechterverhältnisse und Sexualität steht Öffentlichkeit im Sinne von Sichtbarkeit im Vordergrund der Auseinandersetzungen. Ein abschliessendes Resümee liefert Denkanstöße für eine emanzipatorische Politik des Öffentlichen.

Ökonomie

Im liberalen ökonomischen Mainstream wird Öffentlichkeit mit dem Staat in eins gesetzt, der vom Privatbereich des Marktes abgesetzt wird. Dass diese definitivische Dichotomie für ihr Funktionieren in der Realität auf einen Bereich ungenannter Voraussetzungen angewiesen ist (Reproduktionsarbeit, freiwillige Verbände, dritter Sektor etc.), ist eine wichtige Kritik, die die Ökonomie nach langer

Ignoranz in letzter Zeit mit dem Begriff des ›Sozialkapitals‹ in Aspekten ansatzweise in ihren Rahmen einzugliedern versucht. Die Hauptaufmerksamkeit der letzten Jahrzehnte galt allerdings dem Nachweis einer notwendigen Eindämmung der Staats-tätigkeit (unter Ausblendung der Legitimation durch demokratische kollektive Wil-lensbildung) und der Überlegenheit ›des Marktes‹ (unter Ausblendung struktureller und durch Asymmetrien zwischen den Beteiligten bedingter Zwänge in diesem Bereich).

In der Tat wird die wirtschaftliche Rolle des Staates im Postfordismus einem grundlegenden Wandel unterzogen. In einem dynamisierten wirtschaftlichen Umfeld wird er vom absichernden und lenkenden zum aktivierenden Staat. Neben einigen anderen bislang öffentlichen Aufgaben wird insbesondere die Rolle eines Eigentümers von Unternehmen nicht mehr als wesentliche Staatsfunktion gesehen.

Der Aufbau eines verstaatlichten Sektors ist zwar in den wenigsten Industrie-staaten Ergebnis einer bewussten Sozialisierungsstrategie gewesen, sondern zu-meist eine Ansammlung von Erbstücken aus der jeweiligen nationalen Entwick-lung mit unterschiedlichen Motiven (Kriegsfolgen, Regulierungsinteressen, Stabilisierungsmassnahmen, Staatsmonopole aus der Monarchie, Kapitalmangel im Privatsektor, Ideologie der Grösse, Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung im Systemwettbewerb). Dennoch wies eine Vielzahl von ihnen bis in die achtziger Jahre einen nennenswerten Anteil von Staatsunternehmen auf. Dass sich dann die Privatisierungswelle von Grossbritannien und den USA auf die ganze Welt ausge-breitet hat, ist weniger auf die Überzeugungskraft neoliberaler Konzeptionen als auf eine Reihe von geänderten Strukturbedingungen zurückzuführen (Starr 1990):

Erstens verwandelten sich viele (bei weitem nicht alle) Staatsunternehmen in der Krise der siebziger Jahre von Geldbringern zu Subventionsempfängern und Zentren der ArbeiterInnenmiliz.

Das machte sie für ihre Regierungen von Flaggschiffen zu politischen Bela-stungen. Privatisierung war ein Weg für die Politik, diese Last abzuschütteln und gleichzeitig Einnahmen zu erzielen, die die anwachsende Staatsschuld mindern. Auch das Management dieser Unternehmen hatte oft Interesse an Privatisierung, da sie mehr Handlungsspielraum durch Abkoppelung von politischen Rücksicht-nahmen versprach (gegen renitente Belegschaften und die Konkurrenz).

Mit dem Ende des Fordismus ist auch die Grösse und monolithische Struktur der verstaatlichten Betriebe von einem Zeichen der Stärke zu einem der Schwer-fälligkeit geworden, was sowohl mit geänderter öffentlicher Wahrnehmung, als auch mit tatsächlichen höheren Flexibilitätserfordernissen auf heutigen Märkten zu tun hat. Die entsprechende innerbetriebliche Reorganisation und die dafür erforderliche Disziplinierung der Belegschaften und Reduktion gewohnter An-sprüche schien durch Privatisierung erreichbar zu sein.

Mit der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre entstand auch Druck, neue Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten für privates Kapital zu erschliessen. Mittlerweile ist die Entwicklung heimischer Kapitalmärkte zu einem wichtigen Privatisierungsmotiv geworden – was einen Hinweis auf die geänderten Prioritäten im Postfor-dismus gibt.

Schließlich hatte der ökonomische Niedergang und anschliessende Fall des Re-alsozialismus auch zwei wesentliche (wirtschafts)politische Effekte im Westen: Er-

stens eine Diskreditierung staatlicher Aktivität, insbesondere von staatlichem Eigentum, in der Wirtschaft und zweitens den Wegfall der Systemkonkurrenz und damit der Notwendigkeit gewisser Zugeständnisse an die ArbeiterInnenschaft, wie sie die Verstaatlichte und andere (wohlfahrts)staatliche Eingriffe in die Wirtschaft verkörpern.

Die öffentlichen Interessen, mit denen Privatisierung gerechtfertigt wurde, sind jedenfalls, soviel kann nach zwanzig Jahren Privatisierung in Europa gesagt werden, kaum zum Zuge gekommen (Huffs Schmid 1996): Das Aufbrechen nationaler marktbeherrschender Stellungen ist meist nicht erfolgt, oft wurden aus öffentlichen private Monopole. Die Dezentralisierung und breite Streuung des Eigentums im Zuge von Privatisierung mittels ›Volksaktien‹ ist in vielen Fällen gar nicht, in anderen nur für eine kurze Übergangszeit gelungen, dann ist die Kontrolle wieder auf die etablierten professionellen AnlegerInnen (insbesondere Banken) und das Management übergegangen. Auch die höhere Rationalität und Effizienz von privatisierten Unternehmen hat sich (bei aller Schwierigkeit der Messung) nicht erwiesen. Die Haupteffekte dürften in der Erschliessung neuer Bereiche für die private Kapitalverwertung, der Disziplinierung der Belegschaften und der Reduktion von öffentlichen Ansprüchen an die Unternehmen (es wird nichts anderes als Profit verlangt) liegen: Auch wenn oft nur von einem Wechsel der Form der Erfüllung öffentlicher Aufgaben die Rede war (von Eigentum zu Regulierung) kam es de facto auch zu einem Wechsel der Aufgaben – das öffentliche Interesse (im Sinne von politisch gesetzten Aufgaben) rückte in den Hintergrund, selbst die Reste von verstaatlichten Betrieben werden nun an keinen anderen Kriterien mehr gemessen als Privatunternehmen. Insofern hat Privatisierung in einem viel umfassenderen Sinn gewirkt als auf der Ebene des Eigentums.

Neben dem Abstossen von Staatseigentum wurde auch – argumentiert auf Basis von Effizienzüberlegungen – die Erstellung öffentlicher Leistungen vermehrt an Private übertragen oder jüngst im Rahmen sogenannter Public-Private-Partnerships in Kooperation mit dem Privatsektor gemeinsam durchgeführt. Der grösste in Kontinentaleuropa noch ausständige Schritt ist die Privatisierung der Sozialversicherung (Übergang zu privater Pensions- und Krankenversicherung).

Die postfordistische Ökonomie greift auf öffentliche Ressourcen nicht nur in Form von privatisierten Staatsbetrieben zu. Wirtschaften beruht in postfordistischen Leitsektoren zunehmend auf der Inanspruchnahme und Bearbeitung von immateriellen kollektiven Ressourcen, die Produktion von Zeichen (Bedeutung, Meinung, Mode, Geschmack...) rückt ins Zentrum. Damit greifen die früher weitgehend getrennten Logiken von Politik (als Sphäre von Bedeutung, Meinung, Diskussion – eben ›Öffentlichkeit‹) und privatem Wirtschaften (Produktion von Waren) stärker ineinander (Marazzi 1998). War der Fordismus durch eine Trennung der Kernbereiche der Produktion, die gemäss hierarchischer Logik funktionierten und in der Menschen – idealtypisch formuliert – gemäss externen Vorgaben wie stumme Rädchen in der Maschine – sprachlos – zu funktionieren hatten, und der Politik als dem Reich der Sprache, in der Menschen als BürgerInnen ihre Stimme erheben konnten, gekennzeichnet, ist in postfordistischen Leitsektoren eine Aufhebung dieser Trennung zu beobachten. Kommunikation wird zum zentralen Element in der Produktion – fast kein Job ohne kommunikative Kompetenzen, kein Unternehmen ohne Öffentlichkeitsarbeit, Marketing wird in vie-

len Branchen (insbesondere Mode und sonstige Konsumartikel) zum zentralen Unternehmensgegenstand.

Das Verschwimmen der Grenzen macht sich zum einen in der verstärkten Ökonomisierung des Politischen bemerkbar (Wahlkämpfe als Werbekampagnen, Verwaltungsreformen gemäss dem Modell eines Unternehmens etc.). Die andere Seite davon, die erst langsam durchzuschimmern beginnt, ist der Einbruch des Politischen ins Herz der Produktion. War öffentliche Einflussnahme in die Privatwirtschaft im Fordismus auf die Setzung externer Rahmenbedingungen durch den Staat bzw. staatliches Eigentum an bestimmten Unternehmen beschränkt, ist nun in einem gewissen Sinn der private Produktionsprozess selbst unmittelbar mit Öffentlichkeit verknüpft: Er speist in sie und schöpft aus ihr. Der aktuelle Kampf um Eigentumsrechte, der Versuch der Ausweitung von Patenten und Markenschutz auf Bereiche kollektiver Ressourcen, zeigt das. Hier wird eine Art ursprüngliche Akkumulation des Postfordismus (Moulier-Boutang 2001) betrieben – und dagegen Widerstand geleistet.

Die zentrale Bedeutung von Kommunikation und Kooperation, Lernen und Wissen führt zu einem Kampf um die Aneignung der Gewinne aus diesen Quellen, denn die Zuordnung ist in diesen Bereichen weniger eindeutig als im Bereich der materiellen Produktion. Einzelne Kommunikationsakte schöpfen aus einem gesamtgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang, der nicht mehr individuell zurechen- und eingrenzbar ist. Die Versuche, die Öffentlichkeit, die zur zentralen Ressource geworden ist, mittels Ausweitung der Regeln geistigen Eigentums in Privatbesitztitel zu unterteilen, ist eine zentrale Stossrichtung aktueller Kapitalstrategien, stösst aber auf gröbere Schwierigkeiten, insbesondere da sie dadurch ihre eigene Produktivitätsquelle zu untergraben drohen – den freien Zugang und die dadurch gewonnene Verbreitung und kollektive Weiterbearbeitung (vgl. die Auseinandersetzung um open source, Tausch von Musik übers Internet und die aggressiven Copyright-Verletzungsklagen, mit denen Unternehmen gegen die Nutzung ihrer in die Alltagskultur eingegangenen Marken durch andere NutzerInnen vorgehen; Klein 2000, 177 ff.).

Die Nutzung der Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit, das Anzapfen der Persönlichkeit der Arbeitenden als Produktivkraft führt in einem bestimmten Bedeutungssinn zu einer weiteren Grenzverschiebung zwischen öffentlich und privat: dem zunehmenden Verschwimmen von Arbeit und Freizeit. Arbeit soll Spass machen und zur Selbstverwirklichung beitragen, sieht also aus wie Freizeit, während sich in der Freizeit Leistungs- und Erlebnisdruck ausbreiten – das unternehmerische Selbst macht aus seinem gesamten Leben ein Projekt³.

Stadt

Ausgehend von den USA hat in Europa in den letzten fünfzehn Jahren eine Welle von »Revitalisierungsprojekten in den Innenzonen vieler Grosstädte eingesetzt, die auf eine Privatisierung von öffentlichem Raum hinauslaufen (Ronneberger 1998). Dies ist auf zwei Faktoren zurückzuführen.

Der erste ist ökonomischer Natur: Im Postfordismus versuchen städtische Eliten ihre Städte in Dienstleistungs- und Konsumzentren für eine kaufkräftige internationale Klientel zu verwandeln.

Der zweite Faktor ist ein gesellschaftspolitischer: Die wachsende Präsenz von Bevölkerungsgruppen, die nicht dem Modell des Normalbürgers entsprechen (MigrantInnen, Obdachlose, Jugendkulturen etc.), im innerstädtischen Bereich wird von wachsenden Teilen der Hegemonialbevölkerung als Kontrollverlust empfunden. Ein rechter Diskurs der bedrohten inneren Sicherheit artikuliert, verstärkt und fokussiert diese Einschätzung (zu einem Gutteil produziert er sie auch) und schmiedet die Koalitionen zwischen Geschäftsleuten, Behörden und KonsumentInnen zur Durchsetzung einer Strategie zur Wiederherstellung von ›Ruhe und Ordnung‹.

Die Aneignung der ausserkorenen Stadtzonen durch diese Bevölkerungsgruppen bedeutet den Ausschluss vom Nutzungsrecht für andere. Meist ausgehend von den Bahnhöfen werden ganze Strassenzüge zu Geschäfts- und Einkaufszonen umgewandelt und unter Aufsicht privater Sicherheitsdienste und/oder Videoüberwachung gestellt, die dort Zutritts- und Verhaltensnormen exekutieren, deren Basis nicht das Strafrecht, sondern repressive Vorstellungen bürgerlicher Normalität bilden. Nicht mehr konkrete Taten, sondern abweichendes Aussehen und Verhalten werden zum Anlass für Ausschluss, das Wegweiserecht von bestimmten Plätzen legitimiert diese Prozesse in vielen Fällen auch noch formalrechtlich. Die Sicherheits- und Moralpanik setzt eine Intensivierung sozialer Kontrolle in Gang, wie sie in dem in New York vorexerzierten zero tolerance Konzept und in den abgeschotteten gated communities der USA – Privatstadtteilen mit privaten Verhaltensnormen, Bewachung und Infrastruktur – mündet.

Dabei handelt es sich schlicht um die Bekämpfung der Sichtbarkeit von Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik auf Kosten der von dieser negativ Betroffenen und eine Privatisierung im Sinne einer Wiedereroberung des öffentlichen Raums durch die Eliten. Damit einher geht der Verlust der Strasse als oppositioneller Ort: Belebte öffentliche Räume werden zu überwachten, von allem den Gang der Geschäfte Störenden gesäuberten Konsumzonen umgewandelt, in denen die Unternehmen ein Hausrecht ausüben, das kein Demonstrationsrecht zulässt, von Flugzettel verteilen, Plakatieren oder Grafitti ganz zu schweigen. Die derart ›gesäuberten‹ Stadtviertel werden einem internationalen Tourismus- und Geschäftspublikum per Citymarketing zum Besuch bzw. zur Ansiedlung angepriesen (Rcdak 2000).

Medien

Im Europa des Fordismus war die mediale Öffentlichkeit vorwiegend eine Verlautbarungsöffentlichkeit des Staates bzw. nur einer sehr eingeschränkten Reihe von Gruppen zugänglich. Dementsprechend war der Ausschluss wesentlicher AkteurInnen und Aspekte der Realität bzw. anderer Teilöffentlichkeiten durch die Medienlandschaft, die zentrale Infrastruktur moderner Öffentlichkeit, der Kernpunkt linker Medienkritik in den sechziger und siebziger Jahren (Negt/Kluge 1972).

Heute steht eine solche Kritik auf tönernen Füßen. Dinge, die früher als privat gekennzeichnet, und trotz ihrer immens politischen Dimension aus der medialen Öffentlichkeit ausgegrenzt waren, kommen heute in ihr vor. Die grossen Medien haben die Formen alternativer Medien übernommen – Berichterstattung in der ersten Person, persönliche Betroffenheit, ›einfache‹ Leute sprechen lassen, Einbeziehung des Alltags etc. Gleichzeitig haben sich die Kanäle vervielfacht. Die Pri-

vatisierung insbesondere des Fernsehens hat zu einer Pluralisierung der Teilnahme an Öffentlichkeit (v.a.: Talkshows), einer Ausweitung der Themen und der Kanäle geführt, ebenso das Internet.

Die Privatisierung im Kernbereich von Öffentlichkeit, den Medien, scheint also auf den ersten Blick ein paradoxes Ergebnis hervorgebracht zu haben: Ausweitung der Öffentlichkeit durch Privatisierung. Von elitären Klagen über einen Niveauverlust durch solche Ausweitung der Öffentlichkeit (in denen wohl wenig anderes zu sehen ist als die Klage über den Verlust der eigenen privilegierten Sprechposition) abgesehen, bleibt diese erste Diagnose genauer zu befragen.

Insbesondere die Notwendigkeit eines präzisen Umgangs mit dem Begriff »öffentlich« zeigt sich auch in diesem Fall. Die Einbeziehung von Themen wie Beziehungsproblemen, Sexualität, unkonventionellen Lebensentwürfen und Minderheiten in den medialen Diskurs bringt neue Bevölkerungsgruppen und Themen an die Öffentlichkeit. Öffentlich werden sie aber in erster Linie im Sinne von sichtbar. Sichtbarkeit ist eine wichtige Voraussetzung für Einfluss auf die kollektive Meinungsbildung, insofern ist ihre Ausweitung tatsächlich eine Errungenschaft für bestimmte Bevölkerungsgruppen bzw. bestimmte Themen und Anliegen. Doch weder werden die verhandelten Themen damit automatisch öffentlich im Sinne von Gegenstand eines kollektiven Aushandelns, noch entsteht erweiterte Öffentlichkeit in dem Sinne, dass die Sprechenden an Entscheidungen beteiligt würden. Es ist ein weiterer notwendiger Schritt, die neuen Themen und Sprechenden von Waren im Mediengeschäft zu Gegenständen bzw. AkteurInnen im Prozess des kollektiven Aushandelns im Bereich des Politischen zu machen.

Ein anderer auffälliger Aspekt der postfordistischen Medienlandschaft ist die Tatsache, dass eine Vervielfältigung der medialen Kanäle und der zu Wort kommenden AkteurInnen zumeist nicht mit einer Pluralisierung der Meinungen einhergeht. Wie kommt das? Eine an Foucault angelehnte These besagt, der Postfordismus stehe (ganz im Einklang mit der oben ausgeführten Zentralität von Kommunikation in der Ökonomie) im Zeichen eines sogenannten Kommunikationsparadigmas (Oy 2001). Dieses ist durch »vielstimmiges Einheitssprechen« gekennzeichnet. Herrschaft funktioniert hier vordergründig nicht mehr von oben nach unten (wie in der fordistischen Verlautbarungsöffentlichkeit), sondern dadurch, dass sie ganz dezentral von ganz unterschiedlichen SprecherInnen aus ganz unterschiedlichen Ecken der Gesellschaft transportiert, getragen und bestätigt wird, die aufgrund des Wirkens einer Vielfalt von medialen und aussermedialen Herrschaftsmechanismen⁴, des Wirkens gesellschaftlicher Hegemonie, ganz unabhängig voneinander das selbe sagen.

Das neue Talk show Modell von Öffentlichkeit bedeutet nicht demokratische Partizipation, sondern behauptet täglich, wie sehr doch alle anderen normalen authentischen Stimmen von der Straße immer schon dasselbe denken, was vorher noch autoritär verhängt werden mußte. Lockere Vielstimmigkeit inszeniert die Ideologie (Diederichsen 1999, 276).

Dafür gibt es aber auch mehr Raum für Kritik als im alten öffentlich-rechtlichen Modell der audiovisuellen Medien (die Pluralität der Kanäle macht sie aber wiederum tendenziell folgenlos), auch wird vieles bislang Unsichtbares sichtbar gemacht, und drittens kommt es zu einer Aufweichung starrer role models (wenn auch eher zu einem durch die Gesetze der Mode bedingten beschleunigten

Wandel und grösserer Vielfalt als einer Beseitigung derselben).

Ein weiterer Aspekt ist, dass die zunehmende Medialisierung der Öffentlichkeit auch eine politisch relevante Verschiebung zwischen verschiedenen öffentlichen Räumen begünstigt. Sie führt in gewissem Ausmass zu einer Aufwertung der »sauberen« Benutzung von Öffentlichkeit durch Teilnahme an medialen Partizipationsangeboten (LeserInnenbrief, Talk show, Talk radio etc.) und einer Abwertung der »schmutzigen« Öffentlichkeit der Strasse (Demonstration, Flugblatt, Graffiti etc.), delegitimiert und beschränkt somit bestimmte Artikulationsformen. Diese Entwicklungen sowie insbesondere die vielfach konstatierte Dominanz von Bildern und auf Bildern aufbauende mediale Inszenierungen stellen neue Herausforderungen an politische Öffentlichkeitsarbeit. Sie zeigen nicht zuletzt die Grenzen eines auf Fakteninformation und diskursive Argumente verengten aufklärerischen Modells auf.

Sexualität und Geschlechterverhältnisse

Die postfordistische Restrukturierung des Staates ist auch eine Repatriarchalisierung – die Betonung der Sicherheitsapparate und der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Elemente, begleitet von einem moralisierenden Diskurs, der patriarchale Werte von Leistung und Eigenverantwortung gegen die feminin konnotierte, »verweichlichende Abhängigkeitskultur« des Wohlfahrtsstaates in Stellung bringt, hat deutliche Implikationen für die Geschlechterverhältnisse (Sauer 1999).

Die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen sind unüberschaubar. Auf der ökonomischen Ebene bedeutet der Abbau sozialstaatlicher Leistungen eine Privatisierung derselben, in dem Sinn, dass Organisationen wie Familie und karitative Organisationen einspringen (müssen) – beides Bereiche, die von vorwiegend unbezahlter Arbeit durch Frauen dominiert sind. Daneben sind Frauen als (ehemalige) staatliche Leistungsempfängerinnen auch direkt vom Abbau betroffen. An den Eckpunkten fordistischer Geschlechterverhältnisse im privaten (im Sinne von nicht-staatlichen) Bereich – Diskriminierung am Arbeitsmarkt, asymmetrische Verteilung der Reproduktionsarbeit – hat sich indessen wenig verändert.

Dies sind die Rahmenbedingungen, unter denen der vermehrte Eintritt von Frauen in die »öffentliche Sphäre« der formalisierten Arbeitsverhältnisse stattfindet⁵; das Ergebnis ist die typische Doppelbelastung mit produktiven und reproduktiven Arbeiten. Wo einzelnen die Delegation der letztgenannten Aufgaben gelingt, wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht aufgehoben, sondern eine weitere Schnittstelle von öffentlich/privat ins Spiel gebracht: Hausarbeit, die von Migrantinnen erledigt wird – »privat« im Sinne von nicht legalisiert und somit weitgehend »unsichtbar«.

Die gesellschaftspolitischen Veränderungen, die mit der Durchsetzung des neuen Staatsmodells einhergehen, sind nicht weniger massiv. Der Slogan der zweiten Frauenbewegung »Das Private ist politisch« in den siebziger Jahren zielte auf die Thematisierung der strukturellen Gewaltverhältnisse, die scheinbar privaten Lebensaspekten wie Liebe, Heim und geschlechtlicher Arbeitsteilung zugrunde liegen. Öffentlichkeit für diese Verhältnisse herzustellen und sie zum Gegenstand kollektiver Änderung zu machen war somit eine zentrale Strategie.

Auch die Lesben- und Schwulenbewegung suchte Öffentlichkeit, um anhaltender Repression zu entkommen. Gegenüber den Versuchen, von der heterosexuellen Norm abweichende Sexualitäten durch ihre Deklaration als »privat« zu unterdrücken, wurde Öffentlichkeit im Sinne von Sichtbarkeit und Rechten als Voraussetzung für die Absicherung einer freien, akzeptierten Existenz angestrebt. Diese identitätspolitische Strategie wurde in den letzten Jahrzehnten von einer Reihe von diskriminierten Bevölkerungsgruppen ins Zentrum ihrer Aktivitäten gestellt.

Die konservative Revolution, die in den USA in den achtziger Jahren einsetzte – weit davon entfernt, eine reine Offensive der Unternehmerschaft zu sein – gewann ihre UnterstützerInnen mit einem Kulturkampf, der dieser Explosion der minoritären Kämpfe um Öffentlichkeit zu begegnen suchte (Berlant 1996).

Der Appell an eine Wiedererrichtung moralischer Werte artikulierte das Unbehagen vieler sogenannten NormalbürgerInnen, die Gefahr liefen, sich als nur eine unter vielen Lebensarten/Identitäten begreifen zu müssen statt als Inbegriff von Normalität, der im Gegensatz zu allen davon Abweichenden, die diese Abweichung als Makel mit sich tragen müssen, sich als unmarkiert fühlen und entsprechende Privilegien genießen kann. Und er interpretierte die Wirtschaftskrise als Ausdruck eines Werteverfalls, ausgelöst von der Okkupierung des Staates durch diverse minoritäre Ansprüche. Zentrale Stossrichtung dieses Kulturkampfes ist die Wiederherstellung repressiver, patriarchaler Normalität.

Dem Modell folgend, dass Öffentlichkeit nur dazu dienen sollte, die Bedingungen dafür sicherzustellen, ein »normales« (Familien- und Lohnarbeits-)Leben in Privatheit zu führen, wurde Öffentlichkeit hergestellt, mit dem Ziel, abweichende Lebensmodelle wenn schon nicht auszulöschen, dann ins Private (im Sinne von Unsichtbarkeit) zu verweisen und öffentliche Sichtbarkeit höchstens als Stereotyp, als Ikone⁶ zu erlauben – und somit kontrollierbar zu halten. Auch soziale Ungleichheiten werden zu Privatproblemen selbstverantwortlicher Individuen erklärt und als Gegenstand öffentlicher Debatten und Interventionen eliminiert.

Der moralisierende rechte Anti-Wohlfahrtsstaats-Diskurs, der die Umgestaltung des Staates betreibt und begleitet hat also stark patriarchalen Anstrich. Der Abbau von Freiräumen und Leistungen wurde mit einer Betonung von moralischen Werten und persönlicher Tugend gerechtfertigt, die zum Leitmodell für politisches Verhalten, persönliche Lebensführung und staatliche Handlungen gemacht wurden. Die Rechte versuchte, konformistische Moral als Charaktermerkmal zum zentralen Prüfstein für die Glaubwürdigkeit von PolitikerInnen zu machen, private statt öffentliche Handlungen zum Bürgerschaftsideal zu machen. Statt der Verteidigung der Privatautonomie, die von Rechtsliberalen im Bereich des Ökonomischen vertreten wird, wird im kulturellen und politischen Bereich auf eine Unterordnung des Privaten unter öffentliche Normen und eine öffentliche Überwachung desselben gesetzt, sowie eine Intimisierung des Politischen betrieben, indem Politik als Fortsetzung des Privaten in anderen Dimensionen dargestellt wird. Auch in europäischen Staaten – nicht zuletzt in Österreich, wo sie zur Zeit die Regierung bilden – haben rechte Kräfte Anleihen aus diesen kulturkämpferischen Strategien der US-amerikanischen Konservativen entnommen.

Diese Konstellation erinnert daran, dass die Herstellung von Öffentlichkeit per

se noch nichts Emanzipatorisches ist, sondern eine umkämpfte Sphäre für alle politischen Kräfte.

Der ungeahnte Erfolg dieser reaktionären Strategien zeigt die Bedeutung des spezifischen Verständnisses von Öffentlichkeit. Eine feministische Bilanz der Kämpfe der zweiten Frauenbewegung sieht in rein staatsbezogenen Auslegungen des Öffentlichkeitsbegriffs eine entscheidende Schwäche (Benhabib 1994, Eichhorn 1995). Die bescheidenen Erfolge der Strategie der Politisierung des Privaten wurden zu stark über staatliche Verrechtlichungsstrategien und zu wenig über Politisierung des Alltagslebens erreicht (zumindest in jenen Bereichen und Staaten, wo etwas erreicht wurde: Abtreibungsrecht, Antidiskriminierungsgesetz). Das bietet rechten Gegenoffensiven, die vor allem auf Appellen an den ›Hausverstand‹ aufbauen – jenen Hausverstand, der in entscheidenden Aspekten hinter der erkämpften Gesetzeslage hinterherhinkt – eine Flanke, die sie zur Mobilisierung für einen Rollback nutzen.

Regieren

In den von Foucault inspirierten governmentality studies geht man ebenso wie in Gramscianischen und Althusserischen Staatskonzeptionen davon aus, dass der Bereich des Regierens, der Herrschaft, der politischen Steuerung sich nicht auf den engen Staatsapparat beschränkt, sondern über eine historisch kontingente Mischung aus ›öffentlichen‹ und ›privaten‹ Elementen läuft. Das neoliberale Regierungsmodell, das einen antietatistischen Diskurs pflegt, nimmt gegenüber früheren Modellen eine Verschiebung vor und setzt vermehrt auf Steuerung über Selbstverantwortung (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000, Rose 2000). Es setzt damit neue Grenzen zwischen öffentlich und privat (im Sinne einer Arbeitsteilung von Staatsapparat und Individuen), ohne damit seiner Behauptung genüge zu tun, es ginge um Abbau von Herrschaft: Herrschaft wird nun vermehrt über Selbststeuerungsmechanismen ausgeübt, die unternehmerische Individuen ganz von allein in Gang halten (Kurswechsel 2/2000).

Auch im direkten Staatshandeln ist eine Veränderung zu verzeichnen, die in der Politikwissenschaft mit dem Übergang von ›government‹ zu ›governance‹ (Bob Jessop) beschrieben wird. Governance bezeichnet ein Modell, in dem der Staatsapparat nicht mehr ein zentralisiertes, hierarchisches Entscheidungsorgan ist, sondern mit einem Netzwerk aus einer Vielzahl von privaten AkteurInnen (Gruppen, Verbände, Unternehmen, ExpertInnen, NGOs etc.) in Verhandlung tritt, sie in Entscheidungen einbezieht, Aufgaben und Entscheidungen an diese delegiert etc. Dies hat einen Vorläufer im Neokorporatismus (zB österreichische Sozialpartnerschaft), ist aber gegenüber diesem noch weiter informalisiert – mit all den verschärften Folgen von Intransparenz, Selektivität im Entscheidungszugang, Machtasymmetrien und Legitimationsmangel. Während diese informellen Entscheidungsmechanismen ausgebaut werden, erfahren formaldemokratische Gremien und Verfahren einen Bedeutungsverlust – eine Form der Privatisierung von Öffentlichkeit (im Sinne kollektiver Ressourcen und Entscheidungsformen).

Der Staatsapparat selbst wiederum modelliert sich nach dem Vorbild des Unternehmens (Bartel 2000). Damit wird das Instrument öffentlicher Interessen gewissen Gruppen und öffentlichen Ansprüchen entzogen, gewisse Ziele delegitimiert – Bür-

gerInnen werden zu KundInnen statt Beteiligten, Effizienz geht vor Verteilung etc.

Auf einer globalen Ebene ist das analoge Modell das der ›global governance‹, das seit einigen Jahren im Umfeld der UNO diskutiert wird. In diesem Konzept geht es um Ordnungssicherung und Lösung von sogenannten ›Weltproblemen‹, zu deren Bewältigung in Abwesenheit einer Weltregierung ein Netzwerk von privaten und staatlichen AkteurInnen zusammenarbeiten soll (Hewson/Sinclair 1999). Kern des governance Konzeptes ist also die Einbeziehung privater AkteurInnen in staatliche Steuerungskonzepte, deren öffentlicher Charakter (im Sinne von Gemeinwohl-Orientierung) dadurch in vielen Fällen (weiter) in Frage gestellt wird.

Wird die forcierte Ausrichtung des Staates an privat(wirtschaftlich)en Interessen als Verlust an Öffentlichkeit gesehen, ist auf einem anderen Gebiet eine staatliche Einengung der Privatsphäre zugunsten einer Ausweitung sozialer Kontrolle zu verzeichnen: Der Ausbau staatlicher und (auf staatliche Erlaubnis angewiesener) privatwirtschaftlicher Überwachungsmethoden schreitet mit Riesenschritten voran: Speicherung und Weitergabe personenbezogener Daten, die in Internet, beim Einkauf mit Kreditkarte, bürokratischer Erfassung der Bevölkerung, bei polizeilichen Interventionen oder durch die sich rasant verbreitende Videoüberwachung des öffentlichen Raums gesammelt werden, höhnen die einst so hochgehaltenen Persönlichkeitsrechte aus, die in westlichen Industriestaaten früher zur zentralen Selbstlegitimation in Abgrenzung zu totalitären Regimen dienten.

Das ist nur scheinbar ein Widerspruch zu dem Modell neoliberalen Regierens: Die verstärkte Überwachung muss dafür sorgen, dass die erweiterte Autonomie der Individuen nicht in ordnungsdestabilisierende Bahnen gerät; sie ist eine flankierende Sicherheitsmassnahme zu den vorwiegend marktwirtschaftlichen Strukturzwängen (die natürlich auch auf KonsumentInnen-daten angewiesen sind), die das unternehmerische Selbst im Normalfall von allein ›funktionieren‹ lassen.

Resümee

Öffentlichkeit hat den Status eines Zauberworts bei Linken, oft wird die Schaffung von Öffentlichkeit, als Bereich des kollektiven Aushandelns verstanden, mit Emanzipation beinahe gleichgesetzt.

Der Postfordismus ist in vielfacher Hinsicht von einem Abbau von Formen der Öffentlichkeit gekennzeichnet, die den Fordismus dominiert haben: Verstaatlichte Industrie, repräsentativ-diskursive Öffentlichkeit des staatlichen Rundfunks, öffentlicher Raum der Stadt. Diese werden nun von privat(wirtschaftlich)en AkteurInnen dominiert. Daraus den normativen Schluss zu ziehen, es wäre ein beklagenswerter Verlust ›der Öffentlichkeit‹ zu verzeichnen, wie es soziologische Theorien vom Niedergang der Öffentlichkeit – übrigens bereits spätestens seit den sechziger Jahren – tun, ist aus emanzipatorischer Perspektive jedoch in mehrfacher Hinsicht problematisch, denn diese These blendet zahlreiche Aspekte der realexistierenden fordistischen Öffentlichkeit aus. Verstaatlichte Betriebe wurden häufig nicht im ›öffentlichen Interesse‹ geführt, obrigkeitstaatliches Ordnungsverständnis hat die Artikulationsfreiheit im öffentlichen Stadtraum immer schon stark beschränkt, und die ›seriöse‹ mediale Öffentlichkeit beruhte auf einem Ausschluss von Bevölkerungsgruppen und Ausdrucksformen, denen keine SprecherInnenposition und Relevanz zugesprochen wurden. Die Identifizierung von öffentli-

chem Interesse mit dem Staatsapparat ist in seinen repressiven Aspekten hinlänglich diskutiert. Die enge Bindung von Öffentlichkeit an Nation und Nationalisierung ist ebenfalls nicht zu unterschätzen.

Wenn aufgrund dieser Tatsachen viele Menschen das Gefühl haben, dass sie nicht vorkommen bzw. nicht einmal mitgemeint sind, wenn von öffentlichem Interesse die Rede ist, dann schwindet die Legitimität derer, die für sich die Vertretung öffentlicher Interessen in Anspruch nehmen. Dies ist eine der Strukturbedingungen, mit Hilfe derer breite Unterstützung für Privatisierung gefunden werden kann (und konnte), bietet sie doch ein Versprechen auf die Aufhebung dieser Zustände. Ein Kampf um die Ausweitung von Öffentlichkeit im Sinne eines Bereichs der kollektiven Aushandlung darf also nicht auf unreflektierte Verteidigung historischer Formen abzielen.

Wer genau ist eigentlich vom beklagten Verfall der Öffentlichkeit betroffen? Wer hatte Zugang zu dieser Öffentlichkeit, wie war sie strukturiert? Und wie sieht es in diesen Bereichen jetzt aus, unter »privatisierten« Bedingungen? (Engel 2000) Das sind vielfach vernachlässigte Fragen in emanzipatorisch gesinnten Diskursen.

Eine emanzipatorische Politik des Öffentlichen kümmert sich nicht nur darum, möglichst viel Öffentlichkeit und öffentliche Bereiche zu schaffen. Viel entscheidender ist die Struktur dieser Öffentlichkeit: Wer hat Zugang, wer kontrolliert diesen, wer setzt die Agenda, was sind die geltenden Regeln um Einfluss zu gewinnen, welche Ressourcen und Anreize stehen zur Verfügung, welche politischen Folgen gibt es (nur Diskussion oder auch Entscheidung), wer hat die Macht festzulegen, was Gegenstand öffentlicher Diskussion ist und was »privat« bleibt etc.

Damit nicht genug. Auch die Idealisierung von Öffentlichkeit ist zu vermeiden. Öffentlichkeit für möglichst viele Themen und Bereiche zu erlangen ist per se noch nicht emanzipatorisch. Und wo sie das ist, darf sie in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden.

Ob Öffentlichkeit (im Sinne von kollektiver Diskussion, Entscheidung, Eigentum, öffentlichem Raum) für eine bestimmte Angelegenheit positiv ist oder nicht, ist situationsabhängig – auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse kommt es an. Etwas an die Öffentlichkeit zu bringen garantiert noch nicht die erfolgreiche Kontrolle der Diskussion. Wenn Öffentlichkeit von repressiven Kräften und Haltungen dominiert wird, kann eine Politik des Schutzes und Ausbaus des Privaten der richtige Weg sein. Das gilt nicht nur in totalitären Diktaturen. Auch in parlamentarischen Demokratien ist das Recht auf Privatsphäre zwischen hegemonialen und diskriminierten Gruppen asymmetrisch verteilt, und eine Strategie der Ver-Öffentlichung kann nicht nur bloss erfolglos sein, sondern sich gegen die ProponentInnen wenden, wenn die Öffentlichkeit ihre Rechte nicht anerkennt (Fraser 1998, Vor der Information 1999). Sowohl was den Zugang zu Öffentlichkeit als auch was das Recht auf Privatheit betrifft, bestehen massive klassen-, rasen- und geschlechtsspezifische Verteilungsasymmetrien.

Die materiellen Strukturbedingungen, vor deren Hintergrund diese taktischen Überlegungen stattfinden, haben sich im Postfordismus geändert. Die Ausweitung des Privaten im Postfordismus auf Kosten alter Öffentlichkeitsstrukturen ist vorwiegend auf den Eigentumsaspekt bezogen. Rechte auf Privatheit, die nicht auf Eigentum gründen, sind tendenziell sogar von einem Abbau betroffen. Es gilt

nun, diesen Strukturbedingungen adäquate Strategien zu entwickeln, einem kontextspezifischen Öffentlichkeitsbegriff folgend zu entscheiden, welche Mischung von privat und öffentlich emanzipatorischen Charakter hat und generell an der Verbesserung der Strukturen der Öffentlichkeit zu arbeiten, aktuelle Formen von Öffentlichkeit zu entwickeln, die emanzipatorische Entwicklung begünstigen.

In dieser Hinsicht bildet der Kampf um freien Zugang zu kollektiven Gütern materieller und immaterieller Natur eine entscheidende Front in der Auseinandersetzung um den Postfordismus. Gegenüber den Versuchen, diese in privates Eigentum zu überführen (Patentierung von geistigem Eigentum), ginge es hier darum, Formen von Gemeinsamkeit weiterzuentwickeln, jenseits der Verstaatlichung (Hardt/Negri 2000, 302).

Anmerkungen

- 1 Dank an Joachim Becker, Nadja Bergmann, Ulrike Müller, Christa Schlager und Martin Schürz für wertvolle Hinweise und Anmerkungen zu einer Erstfassung des Textes.
- 2 Postfordismus ist weniger als Zustand oder stabiles Paradigma, als vielmehr als unabgeschlossener Suchprozess nach einer Überwindung der fordistischen Krise zu charakterisieren. Als Eckpunkte lassen sich festmachen: Verstärkte Internationalisierung der Wirtschaft, Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat, zentrale Rolle der Finanzmärkte für Allokationsentscheidungen und Wirtschaftspolitik, Tendenz zur Informalisierung von Arbeitsverhältnissen, Leitsektoren produzieren immaterielle Güter, wachsende Bedeutung von Innovation in der Konkurrenz, Lernfähigkeit als Schlüsselqualifikation.
- 3 Das mag in Österreich ein Minderheitenphänomen sein, in Ländern wie Italien ist die neue Selbständigkeit hingegen massenhaft verbreitet. Ob das eine allgemeine Tendenz vorzeichnet, bleibt abzuwarten (siehe Kurswechsel 2/2000).
- 4 Die medienökonomischen Faktoren, die Pluralismus in den Medien beeinträchtigen, sind hinlänglich bekannt: Zunehmende Medienkonzentration, wachsende Bedeutung von Werbeeinnahmen für die Finanzierung von Medien, Einbindung von Medienprodukten in Medienverbände grosser Unterhaltungskonzerne, abnehmende Qualität und zunehmende Gleichschaltung von Berichterstattung infolge Zeitdruck durch »Echtzeit-Paradigma«.
- 5 Wobei sich hier wieder deutlich die Unschärfe eines unspezifizierten Öffentlichkeits-Begriffes zeigt – die mangelnde Öffentlichkeit der Verhältnisse auf dem privaten Arbeitsmarkt im Sinne von kollektiver Regelung begünstigt die Diskriminierung von Frauen, insbesondere ihre schlechtere Bezahlung, während im öffentlichen Dienst vielfach formale Gleichbehandlung durchgesetzt werden konnte.
- 6 Das Hollywood Modell: Schwarze als von Sexualität dominierte Wesen, Schwule als Tunten etc.

Literatur

- Ariès, Philippe (Hg., 1991): Geschichte des privaten Lebens, 5 Bände, Frankfurt aM
- Bartel, Rainer (2000): Volkswirtschaft und Staat als Firmen?, Kurswechsel 2
- Benhabib, Seyla (1994): Models of public space, in: Craig Calhoun (ed.): Habermas and the public sphere, Cambridge
- Berlant, Lauren (1997): The queen of America goes to Washington City. Essays on sex and citizenship, Durham
- Bröckling, Ulrich/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg., 2000): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt aM
- Diederichsen, Diedrich (1999): Der lange Weg nach Mitte. Der Sound und die Stadt, Köln
- Eichhorn, Cornelia (1995): Verfassungspatriotinnen. Die demokratiethoretische Wende im Feminismus, Die Beute 3, Herbst
- Engel, Antke (2000): Das Schrumpfen des Öffentlichen als Anlaß neuer Kampfkulturen. Kom-

- mentar zu Lisa Duggan, in: Quæstio (Hg.): Queering Demokratie, Berlin
- Fraser, Nancy (1998): Sex, lies, and the public sphere: Reflections on the confirmation of Clarence Thomas, in: Joan Landes (ed.): Feminism, the public and the private, Oxford
- Hardt, Michael/Antonio Negri (2000): Empire, Cambridge/London
- Hewson, Martin/Timothy Sinclair (1999): Approaches to Global Governance Theory, New York
- Huffschmid, Jörg (1996): Privatisierung in Westeuropa – Tafelsilber für die Währungsunion, Blätter für deutsche und internationale Politik 8
- Klein, Naomi (2000): No logo, London
- Marazzi, Christian (1998): Der Stammplatz der Socken. Die linguistische Wende der Ökonomie und ihre Auswirkungen in der Politik, Zürich
- Moulier Boutang, Yann (2001): Richesse, propriété, liberté et revenu dans le «capitalisme cognitif», Multitudes 5
- Negt, Oskar/Alexander Kluge (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt aM
- Oy, Gottfried (2001): Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, Münster
- Redak, Vanessa (2000): The entrepreneurial city, Kurswechsel 2
- Ronneberger, Klaus (1998): Zero Tolerance. Urbane Kontrollstrategien in den neunziger Jahren, in: Galerie Fotohof (Hg.): Öffentlicher Raum Salzburg Lehen, Salzburg
- Rose, Nikolas (2000): Das Regieren unternehmerischer Individuen, Kurswechsel 2
- Sauer, Birgit (1999): Die Neustrukturierung der Geschlechterverhältnisse im entgrenzten Markt, Internationale Politik und Gesellschaft 2
- Starr, Paul (1990): The new life of the liberal state: Privatization and the restructuring of state-society relations, in: Johan Waterbury/Ezra Suleiman (ed): Public enterprise and privatization
- Vor der Information (1999): Antirassistische Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven, Heft 9
- Weintraub, Jeff (1997): The theory and politics of the public/private distinction, in: Jeff Weintraub/Krishan Kumar (ed.): Public and private in thought and practice. Perspectives on a grand dichotomy, Chicago

I n d u s t r i e p o l i t i k
w w w . G B I . a t